



Stadtparlament: Interpellationen

**Interpellation Gallus Hufenus und weitere betreffend „Denkmalpflege: Quo Vadis?“;
schriftlich**

Gallus Hufenus, Thomas Brunner, Cécile Federer, Maria Huber-Kobler und Albert Rüesch sowie 27 mitunterzeichnende Mitglieder des Stadtparlamentes reichten am 28. August 2012 die Interpellation „Denkmalpflege: Quo Vadis?“ ein.

Der Stadtrat beantwortet die Fragen der Interpellation wie folgt:

1. Zunächst wird der Stadtrat in der Interpellation gefragt, ob er die Ansicht teile, dass „das bauliche Erbe St.Gallens unsere Stadt aus der Beliebtheit heraushebt und einen entsprechend sorgfältigen Umgang verdient“. Der Stadtrat beantwortet diese Frage selbstverständlich mit Ja und kann das auch mit Taten belegen: Die Stadt St.Gallen verfügt mit dem Kloster- und Stiftsbezirk über ein Weltkulturgut. Der Stadtrat ist zusammen mit dem Kanton derzeit intensiv daran, das Instrumentarium für die Erhaltung und die weitere Entwicklung des Welterbes zu verstärken. Die verschiedenen, in Vorbereitung befindlichen Massnahmen werden auch das Stadtparlament noch beschäftigen. Ein weiterer, wichtiger Teil des kulturellen Erbes unserer Stadt ist die Altstadt; auch deren Schutz ist in den letzten Jahren auf rechtlicher Ebene wie auch durch verschiedenste Massnahmen und Projekte ausgebaut und verstärkt worden. Der Stadtrat musste die verschärften Bestimmungen der neuen Bauordnung zur Altstadt übrigens seinerzeit gegen die verweigerte Genehmigung des Baudepartementes schliesslich vor Verwaltungsgericht durchsetzen. Ausserhalb des historischen Stadtkerns finden sich sodann eine Vielzahl von schutzwürdigen Gebäuden, baulichen Anlagen oder ganzen Ortsbildern. Sie sind ein weiterer, prägender Teil des kulturellen Erbes der Stadt, sie sind grundsätzlich unverzichtbar zur Identifikation der Bevölkerung mit der Stadt und für die Wahrung des geschichtlichen Bezugs der Stadtquartiere. Die Inventarisierung der Einzelobjekte ist politisch mit der Bestätigung der Inventarlösung durch die Bürgerschaft vor zwei Jahren auf eine neue Grundlage gestellt worden; die Ortsbilder und die strukturell erhaltenswerten



Quartiere konnten mit der neuen Bauordnung und im revidierten Zonenplan ebenfalls auf eine neue, bessere Basis gestellt werden. All diese Massnahmen zugunsten des kulturellen Erbes wurden vom Stadtrat initiiert und im politischen Prozess unterstützt – der Stadtrat muss seinen Einsatz für das kulturelle Erbe St.Gallens eigentlich nicht noch bestätigen.

2. In der zweiten Frage der Interpellation ist davon die Rede, dass die „diesbezüglichen Entscheide“ des Stadtrates extern wie intern als „politische Beschlüsse“ verstanden würden, während sich die zuständige Direktion auf „objektive Interessenabwägungen unter Beizug von Fachleuten“ berufe. Es ist unerfindlich, welche Entscheide hier gemeint sind. In der Begründung der Interpellation werden die Fälle altes Stadttheater und Helvetia aufgeführt, die rund vierzig Jahre zurückliegen und jedenfalls nicht dem heutigen Stadtrat angelastet werden können. Sodann werden die Filteranlagen der Wasseraufbereitung in Goldach genannt und schliesslich die Villa Wiesental und die Villa Jacob. Im erstgenannten Fall von Goldach wurde der Abbruchentscheid des Stadtrates im Jahre 2003 im Zusammenhang mit dem Projekt für das neue Pumpwerk gefällt. Die alten Anlagen waren nicht als schutzwürdig inventarisiert und von der dafür zuständigen Gemeinde Goldach nicht als Schutzobjekte eingestuft. Bezüglich der Villa Jacob und der Villa Wiesental wird der Stadtrat erst noch entscheiden. Er wird keine „politischen“ Entscheide fällen. Er wird eine sachliche Interessenabwägung in Kenntnis der verschiedenen Fachbeurteilungen vornehmen und in Wahrnehmung seiner Verantwortung als exekutive Behörde entscheiden.
3. Die Fragen drei und vier der Interpellation betreffen offenbar die Art und Weise solcher Interessenabwägungen. Die Situation wird in den Fragen aber etwas verwirrend dargestellt. Die Entscheidung für oder gegen den Erhalt von Schutzobjekten ist immer ein Abwägen zwischen dem Schutzziel einerseits und anderen, allenfalls überwiegenden öffentlichen Interessen andererseits. Diesen Grundsatz hat das Verwaltungsgericht sehr klar im Falle der Villa Wiesental – die ja wohl den Hintergrund dieser Interpellation bilden dürfte – formuliert. Die Schutzwürdigkeit der Villa an sich ist unbestritten, ein „Abbruch auf Vorrat“ also unzulässig. Dieses Abbruchverbot hat aber, wie es das Gericht formuliert, „insofern vorläufigen Charakter, als bei einem konkreten Neubauprojekt eine erneute Interessenabwägung vorzunehmen“ ist.
4. Die entsprechenden Entscheide sind im Rahmen der jeweiligen Verfahren Sache der zuständigen Behörde, in St.Gallen des Stadtrates. Er kann sich bei diesen Entscheiden auf Fachbeurteilungen stützen, letztlich sind solche Entscheide aber immer Ermessensentscheide. Sie hängen von der Gewichtung der Schutzwürdigkeit im Einzelfall im Vergleich zu anderen öffentlichen Interessen ab. Wie die Interpellanten aber richtig ausfüh-



ren, ist es wichtig, dass solche Entscheide gut begründet und transparent kommuniziert werden. Die Verantwortung für die Entscheide trägt aber der Stadtrat. Das gehört zur Führungsaufgabe der Exekutive – auch wenn diese Entscheide auf Kritik stossen können und nicht immer allen Kreisen gefallen.

5. In Frage fünf wird nach einer besseren Vermittlung zwischen den „Extrempositionen musealen Totalschutzes“ und „dem gegenteiligen Extrem von Abriss oder Aushöhlung“ gefragt. Der Stadtrat neigt nie zu Extrempositionen. Er ist weder für „Totalschutz“ noch für „Abriss oder Aushöhlung“. Auch der Stadtrat kann sich am richtigen Ort für ein „spannendes, hochwertiges und ideenreiches Miteinander von Alt und Neu“ begeistern, dafür gibt es auch in St.Gallen gute Beispiele bei öffentlichen wie bei privaten Bauten. Es gibt in der Realität kaum je ein blosses entweder – oder. Auch weitestgehend geschützte Gebäude – selbst die Kathedrale – haben moderne Elemente, Aushöhlungen sind ohnehin überholt, und Abbrüche werden in der Regel nur zugunsten von guten neuen Lösungen bewilligt.
6. Mit der sechsten Frage wird um Ideen der Verwaltung gegen den bisher „häufig verbesserungswürdig wirkenden Umgang mit erhaltenswerter Bausubstanz“ gebeten. Die Unterstellung stimmt nicht. Die Stadt und deren Verwaltung sorgen sehr engagiert für einen sorgfältigen Umgang mit der öffentlichen und privaten Bausubstanz. Die Stadt geht selbst als Beispiel voran, so können die kürzlich abgeschlossene Renovation des Amtshauses oder zahlreiche Sanierungen von Schulbauten als vorbildlich für den Umgang mit historischer Bausubstanz gelten. Bei der Begleitung von privaten Vorhaben und auch im Baugesuchsverfahren wird ebenfalls grosser Wert auf die fachlich richtige Behandlung von schützenswerten Bauten und Bauteilen gelegt – übrigens nicht immer zur Freude der Betroffenen.
7. In Frage sieben schliesslich wird nach „spannenden Geschichten“ in Verbindung mit städtischer Bausubstanz gefragt. Der Stadtrat ist zwar kein Geschichtenerzähler, aber er hat verschiedentlich Publikationen im Zusammenhang mit den schützenswerten Bauten der Stadt St.Gallen unterstützt und wird dies auch weiterhin tun. Mit der Jahresausstellung im 1. OG des Rathauses, welche sich jeweils einem spezifischen St.Galler Thema widmet, und dem durch den Europarat proklamierten Tag des Denkmals gehören zwei jährlich wiederkehrende Anlässe mit baugeschichtlichem und denkmalpflegerischem Inhalt zum festen Kalender der städtischen Denkmalpflege. Sie beteiligt sich auch immer wieder an Ausstellungen (z.B. Immomesse, soeben beendete Ausstellung „Kunstabauten und Landschaft“ im Kubel) oder an diversen Buchprojekten (z.B. über das Katharinen-Kloster) und berichtet zusammen mit der kantonalen Denkmalpflege in der Publikation „Denkmalpflege und Archäologie im Kanton St.Gallen“ über ihre Tätigkeit. Erfreu-



lich ist in diesem Zusammenhang das Engagement zahlreicher Personen und Organisationen in der Stadt St.Gallen, der Bevölkerung die Geschichte der Stadt und die Geschichte ihrer Bauten näherzubringen und auch spannend, nötigenfalls kontrovers, zu erzählen. Ein lebendiger Diskurs über die Baugeschichte unserer Stadt und die präsenten Bauzeugen ist wertvoll; auch eine Debatte des Stadtparlamentes kann dazu beitragen.

Der Stadtpräsident:

Scheitlin

Der Stadtschreiber:

Linke

Beilage:

Interpellation vom 28. August 2012

